

# IVTV Nachrichten



Interessengemeinschaft Versicherter im Transport- & Verkehrswesen e.V.

Ausgabe 10/ 2017

## LUFTFAHRT

Neugewählte Mitglieder der IVTV e.V. in der Vertreterversammlung und des Vorstandes der BGV



v.l.n.r. Oliver Seesko, Andreas Sitek, Tanja Köhlers, Jürgen Geyer, Michael Mineif, Jürgen Brüggmann, Sammy Dießner, Horst Saggau, Stefan Herth, Astrid Witgenfeld, Sabine Muchow, Karsten Kempf (wh)

Weiter Seite 2

### Luftfahrt

Seite.....1-3

### Schifffahrt

Seite.....3

### Straßenverkehr

Seite.....4-6

### Am Rande u. Urteile

Seite.....6-8

### In eigener Sache / Impressum

Seite.....8-11

## SPEDITEURE BEMÄNGELN ABFERTIGUNGSDESASTER AM FLUGHAFEN FRANKFURT



Die Speditionsverbände DSLV und SLV rechnen damit, dass es aufgrund von Personalmangel und unzureichender Verkehrssteuerung weiterhin zu Verzögerungen kommt. Sie rufen die Airlines und die von ihnen für den Luftfrachtumschlag eingesetzten Cargo Handling Agenten zur Verantwortung.

Am Frankfurter Flughafen kommt es seit einiger Zeit zu Verzögerungen beim Frachtumschlag©Valentin Gensch/dpa/picture-alliance

Frankfurt/Main. Luftfrachtkunden müssen weiterhin mit massiven Verzögerungen am Frankfurter Flughafen rechnen. Darauf wiesen der Deutsche Speditions- und Logistikverband (DSLV) sowie sein Landesverband, der Speditions- und Logistikverband Hessen/Rheinland-Pfalz (SLV) am Freitag hin. Grund für ausufernde Wartezeiten an den Abfertigungsstellen der von den Airlines beauftragten Cargo Handling Agenten sind demnach fehlendes Personal und eine mangelhafte Verkehrssteuerung. Nicht selten würden die Transportunternehmen nach Wartezeiten von bis zu zehn Stunden die für den Export bestimmten Luftfrachtsendungen wieder zurück in die Speditionslager befördern, nachdem der Abflugtermin des Frachtflugzeugs bereits verpasst wurde, bemängeln DSLV und SLV. Zusätzlich verschärft hat sich die Situation durch die in den letzten Monaten stark angestiegenen Frachtmengen. Auch immer mehr Importsendungen blieben dadurch liegen und könnten den Kunden nur mit massiven Verspätungen zugestellt werden, hieß es in einer gemeinsamen Mitteilung.

**Spediteure finden kaum noch Transportunternehmen** Trotz erheblicher Anstrengungen der Luftfrachtspediteure, die von den Airlines und ihren Agenten zu verantwortenden Mängel organisatorisch abzufedern, haben sich die Wartezeiten in den letzten Wochen nach Verbandsangaben dramatisch verlängert. Inzwischen haben Luftfrachtspediteure demzufolge Probleme, überhaupt noch Transportunternehmen zu finden, die unter diesen Umständen bereit sind, den Frankfurter Flughafen anzufahren. DSLV und SLV haben in mehreren Krisengesprächen mit den Cargo Handling Agenten und der Flughafenbetreibergesellschaft Fraport eine umgehende Verbesserung der inakzeptablen Zustände gefordert. Eine Zusage, zusätzliches Personal einzustellen und die Verkehrssteuerung an den Be- und Entladerampen zu optimieren, läge inzwischen vor.

**Zustände am Frankfurter Flughafen bleiben erst mal schwierig** Die Speditionsverbände weisen allerdings darauf hin, dass trotz aller Zusagen in den nächsten Wochen sich die Zustände kaum ändern werden. Die Lage wird sich nach deren Einschätzung sogar eher zuspitzen, da die Gewerkschaft Verdi zur Durchsetzung der laufenden Tarifverhandlungen derzeit größere Cargo Handling Agenten am Flughafen bestreikt. Die deutsche Wirtschaft wird sich daher bis zum Jahresende sowohl im Import als auch im Export auf weitere Verzögerungen bei Luftfrachttransporten einstellen müssen. Der entstandene Schaden für die Luftfrachtspediteure und ihre Kunden sei bereits immens und müsse von den hierfür Verantwortlichen, den Airlines und den von ihnen für den Luftfrachtumschlag eingesetzten Cargo Handling Agenten, übernommen werden, fordern DSLV und SLV. Bisher hätten sich die Airlines überhaupt nicht mit der bedrohlichen Lage auseinandergesetzt, monieren sie. Wollen sie Europas wichtigsten Luftfrachtstandort und ihr eigenes Geschäftsmodell nicht weiter gefährden, dürfen sie die Situation nicht ignorieren, verlangen die Speditionsverbände. (ag)

## FLUGHAFEN-BETREIBER BEKRÄFTIGT ZEITPLAN FÜR BER

Mitte Dezember will Flughafenchef Lütke Daldrup einen Termin zur Inbetriebnahme des Pannenshuttleflughafens vorschlagen. Der TÜV hatte zuletzt noch gravierende Mängel an technischen Systemen festgestellt.

Berlin. Der neue Hauptstadtflughafen soll trotz weiter bestehender Mängel wie zuletzt geplant Ende August 2018 fertig sein. Wann der BER dann in Betrieb gehen kann, will Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup in drei Wochen verkünden, wie die Flughafengesellschaft am Donnerstag bekräftigte. Zugleich bestätigte das Unternehmen jedoch, dass es noch „wesentliche Mängel“ in Anlagen gebe, die der TÜV geprüft habe. Man kümmere sich intensiv darum, „die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten und die noch verbleibenden Mängel an den technischen Anlagen konsequent zu beheben“.



Der „Tagesspiegel“ hatte am Donnerstag von gravierenden Defiziten bei den technischen Systemen berichtet, die den Rahmenterminplan wieder ins Rutschen brächten. Lütke Daldrup sagte dazu: „Der im September vorgelegte Rahmenterminplan zur baulichen Fertigstellung bis zum 31.08.2018 ist ambitioniert und wurde bewusst ohne Puffer geplant.“ Es bleibe dabei, dass er am 15. Dezember „einen unternehmerisch verantwortlichen Termin zur Inbetriebnahme“ vorschlagen werde. Ein Start vor dem Spätsommer 2019 gilt wegen der notwendigen Tests und Abnahmen aber als ausgeschlossen. Wesentliche Mängel gibt es nach Flughafenangaben vom Donnerstag noch an Teilen der Brandmeldeanlage, des elektroakustischen Notrufwarnsystems, der Sicherheitsbeleuchtung, der Sicherheitsstromversorgung, der Entrauchungssteuerung und der Sprinkleranlage. (dpa)

### **KEINE FÖRDERUNG FÜR ELB-LINK-FÄHRGESELLSCHAFT**

Die Betreiber der seit Oktober erneut stillgelegten Fährlinie zwischen Cuxhaven und Brunsbüttel stehen möglicherweise vor dem Aus.



Cuxhaven/Brunsbüttel. Die Betreiber der seit Oktober erneut stillgelegten Elbfährlinie Brunsbüttel-Cuxhaven können nicht mit öffentlichen Fördermitteln rechnen und stehen möglicherweise vor dem Aus. Die Landkreise Dithmarschen, Cuxhaven sowie die Städte Brunsbüttel und Cuxhaven sähen derzeit keine Möglichkeit für eine Unterstützung, teilte Elb-Link-Geschäftsführer Bernd Bässmann am Dienstag mit. Dies seien keine guten Nachrichten. Die Geschäftsleitung werde im Laufe der Woche entscheiden, ob es weitere Möglichkeiten gebe, oder die Gesellschaft aufgelöst werden müsse.

Bässmann hatte die Kreise und Gemeinden diesen Monat in einem Brief um einen finanziellen „Rettungsring“ gebeten: Rund 200.000 Euro Darlehen der öffentlichen Hand sollten danach den Fährleuten in der Elbmündung helfen, sich über den Winter zu retten. Bässmann verwies auf die deutliche Steigerung der Auslastung auf der Linie und das trotz reduzierter Abfahrten. Die Verbindung wurde seit dem Frühjahr mit nur einem Schiff bedient, war aber am 10. Oktober wieder eingestellt worden. Es geht um rund 50 Arbeitsplätze. Ob man in den nächsten Jahren auf eine so wichtige Verkehrsanbindung verzichten könne, müsse nun die Politik entscheiden, sagte Bässmann. Hintergrund des Stillstandes sind Forderungen der Schiffseigner nach einer entsprechenden Charterrate, die aus Sicht von Elb-Link zu hoch sind. Die Reederei hatte am 20. August 2015 den Betrieb aufgenommen. Im März 2017 folgte die Insolvenz. Rund drei Monate lief der Betrieb nach einem Insolvenzverfahren wieder an. (dpa)



## HESSEN: KOALITION UND OPPOSITION STREITEN ÜBER VERKEHRSPOLITIK

Die Zahl der Baustellen auf Hessens Straßen ist hoch. Das sei eine große Belastung für die Verkehrsteilnehmer, moniert die Opposition. Von einem guten Zeichen, dass viel investiert und verbessert werde, sprach dagegen Verkehrsminister Al-Wazir.

Wiesbaden. Hessens Landesregierung muss nach Ansicht der Opposition beim Ausbau des Straßen- und Schienenverkehrs deutlich mehr Gas geben. Mehr Investitionen in Straßen, Brücken und Schienen müssten kommen, um Staus zu reduzieren, mahnten [SPD](#), Linke und [FDP](#) am Mittwoch bei einer emotionalen Debatte im Landtag in Wiesbaden. Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) wies die Vorwürfe vehement zurück.



Die Zahl der Baustellen in Hessen steige, weil die schwarz-grüne Landesregierung den jahrelangen Sanierungsstau angehe, sagte der Minister. Die Gelder würden gezielt für Brücken und Autobahnkreuze eingesetzt. Die Investitionen in Autobahnen und Bundesstraßen bewegten sich auf Rekordniveau. Dabei werde weiter die Strategie verfolgt, dass Sanierung vor Neubau gehe. Zahlreiche Projekte im Schienenverkehr seien zudem angegangen und realisiert worden.

**Opposition sieht Investitionsstau** SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel mahnte, Schwarz-Grün müsse endlich ein integriertes Verkehrskonzept vorlegen. Dabei sollten alle Verkehrsträger von Schiene über Auto, Bus und Fahrrad verzahnt werden. Derzeit hätten Pendler die Wahl zwischen Stau und überfüllten Bahnen. Im Vorjahr hätten die Verkehrsteilnehmer auf den Autobahnen in Hessen insgesamt 31.600 Stunden im Stau gestanden. Hessen leide unter einem enormen Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur, erklärte Schäfer-Gümbel. Die SPD-Fraktion werde sich bei den Beratungen für den Doppelhaushalt 2018/19 daher für zusätzlich jeweils 40 Millionen Euro zum bestehenden Landesstraßenetat sowie mehr Stellen für Ingenieure sowie Techniker bei Hessen Mobil stark machen. Dass es bei wichtigen hessischen Schienenprojekten lange Planungszeiten gebe, liege ebenfalls an Personalabbau.

**Schneller Planungsverfahren gefordert** „Wir müssen beim Planen schneller werden und wir brauchen dafür eine Reform des Planungsrechts.“ Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung sei zudem nötig, um Proteste und Einwände der Bevölkerung zu einem frühen Planungszeitpunkt zu ermöglichen. Wie für die Straße müsse zum Ausbau der Schiene zeitnah genügend Geld bereitgestellt werden. Auch die Verkehrsexperten von den Linken und der FDP, Janine Wissler und Jürgen Lenders, forderten deutlich mehr Initiativen vom Land. Wissler votierte für eine echte Verkehrswende und eine Abkehr von immer neuen Straßen. Lenders sprach dem Verkehrsminister ein durchdachtes Konzept ab, wie die Mobilität in Hessen zukünftig organisiert sein soll. Es müssten etwa die Chancen durch die Digitalisierung mehr genutzt und Modellprojekte für autonomes Fahren kommen.

**CDU und Grüne stärken Minister Al-Wazir** Ulrich Caspar von der CDU-Landtagsfraktion und Karin Müller von den Grünen stellten sich dagegen mit Nachdruck hinter den Verkehrsminister. Im Doppelhaushalt 2018/19 seien die Planungsmittel für die Bau- und Sanierungsmaßnahmen erneut deutlich erhöht worden, erklärte Caspar. Die Investitionen in Hessens Verkehrsnetz über alle Verkehrsträger hinweg steige seit Jahren kontinuierlich. Der SPD-Vorwurf, die Infrastruktur werde vernachlässigt, sei daher völlig absurd. „Wir investieren so viel wie nie zu vor in die Straßen, 2018 rund 110 Millionen, und 2019 sind es 120 Millionen Euro“, erklärte die Grünen-Politikerin. „Entsprechend hat sich der Zustand der Landesstraßen verbessert.“ Auch der ÖPNV habe so viel Geld wie noch nie, darunter erstmals auch wieder Landesmittel. Große Schieneninfrastrukturprojekte wie die Strecken Hanau-Würzburg-Fulda und Frankfurt-Mannheim würden zudem endlich Fahrt aufnehmen. (dpa)

## NEUE SCHIERSTEINER BRÜCKE OFFIZIELL FREIGEgeben

Der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Volker Wissing spricht von einem „unglaublich schönen Augenblick“.



Wiesbaden/Mainz. Mit strahlenden Gesichtern, aber ohne Durchschneiden eines roten Bandes ist die neue Schiersteiner Brücke offiziell freigegeben worden. Von einem „unglaublich schönen Augenblick“ sprach am Dienstag der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Volker Wissing ([FDP](#)); von einer Freude, die Eröffnung der Autobahnbrücke über den Rhein zelebrieren zu dürfen, sein hessischer Amtskollege Tarek Al-Wazir (Grüne).

Der Verkehr rollt bereits seit Montagmorgen über die neue vierspurige Brücke zwischen Mainz und Wiesbaden - wenn auch aus Rheinland-Pfalz Richtung Hessen im morgendlichen Berufsverkehr stockend. Man habe den Verkehrsfluss nicht schon wieder anhalten wollen, nur um symbolisch ein Band durchzuschneiden, sagte Al-Wazir. Am Wochenende konnte an dieser Stelle kein Fahrzeug über den Fluss fahren, während die Verkehrsführung von der alten auf die neue Brücke gelegt wurde. Die Brücke sei ein „wunderbares Ingenieurbauwerk“, sagte Bundesverkehrsstaatssekretär Rainer Bomba. Die in den 60er Jahren eröffnete alte Schiersteiner Brücke sei für 20.000 Fahrzeuge am Tag gedacht gewesen, heute rollten täglich 90.000 darüber. „Und wir werden die 100.000 sicher bald knacken.“ Die Gesamtkosten für das Projekt liegen bei rund 216 Millionen Euro und werden vom Bund getragen. (dpa)

## DAS AUS FÜR JAMAICA: SO REAGIEREN DIE VERBÄNDE

Die Speditions- und Logistikbranche fürchtet durch das Scheitern der Sondierungsgespräche eine Handlungsunfähigkeit in der Verkehrspolitik.

Berlin. Bestürzt, aber nicht panisch haben Wirtschaftsverbände unter anderem aus der Transport- und Logistikbranche auf das überraschende Jamaica-Aus reagiert. „Ich dachte, die einigen sich“, resümierte Christian Labrot kurz nach dem nächtlichen Scheitern der vierwöchigen Sondierungsgespräche zwischen Union, [FDP](#) und Grünen die Gedanken vieler Güterverkehrsunternehmer. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Wirtschaft, Verkehr und Logistik (BWVL) befürchtet nun eine wirtschaftliche Schwächung Deutschlands, sollte der politische Stillstand noch länger andauern. Der Abbruch der Gespräche dokumentiere die Unfähigkeit der Politik zum Kompromiss. Er hoffe, dass der geschäftsführende Verkehrsminister Christian Schmidt ([CSU](#)) das Ressort während der Übergangszeit „ordentlich betreue“, betonte Labrot.



Der Deutsche Speditions- und Logistikverband (DSLVL) warnte davor, dass bereits begonnene Projekte wie die Beschleunigung von Planungsverfahren für den Infrastrukturausbau, die Bundesfernstraßengesellschaft oder der Masterplan Schienengüterverkehr „in den momentanen politischen Wirrungen um neue Koalitionen versanden“. Präsident Mathias Krage erwartet, dass wichtige Aufgaben mittels eines ressortübergreifenden Hauptausschuss und eines Nachtragshaushalt kurzfristig bewältigt werden können. Ähnliche äußerte man sich im Deutschen Verkehrsforum (DVF). Der Hauptausschuss, der vorläufig die Aufgaben der normalen Fachausschüsse übernimmt, sei eine pragmatische Lösung in unsicheren Zeiten, sagte DVF-Präsident Ulrich Nußbaum.

## Ein Scherbenhaufen

Der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) bedauerte das Jamaika-Aus. Vize-Hauptgeschäftsführer Adolf Zobel sprach von einem „Scherbenhaufen“, den die Politik zu verantworten habe. Die Unternehmen müssten wissen, auf welche Rahmenbedingungen sie sich einzustellen hätten. Jetzt sei die Lage „völlig unbefriedigend“. Der Bundesverband Paket & Expresslogistik (BIEK) verwies auf die großen Herausforderungen der neuen Legislaturperiode wie Innenstadtlogistik, Digitalisierung und alternative Antriebe. Ohne eine funktionierende Regierung könnten wichtige Gesetzesvorhaben nicht verwirklicht werden, sagte Geschäftsführer Marten Bosselmann. Stillstand sei für die boomende KEP-Branche nicht akzeptabel.

**Verpasste Chancen** „Chance verpasst“, kommentierte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweitzer den Abbruch der Sondierungsgespräche. „Die derzeit stabile wirtschaftliche Lage dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass man mutige Entscheidungen für die Zukunft braucht“. Die politischen Akteure müssten sich ihrer großen Verantwortung bewusst sein. Die Allianz pro Schiene zeigte sich auch ungeduldig. „Wir erwarten, dass das Bundesverkehrsministerium bei der Elektrifizierung des Schienennetzes und beim Ausbau für 740-Meter lange Güterzüge weiterarbeitet. Noch mehr Stau kann sich Deutschland nämlich nicht leisten“, erklärte Geschäftsführer Dirk Flège. Jetzt dürften sinnvolle Maßnahmen, etwa aus dem Masterplan Schienengüterverkehr, auf keinem Fall liegen bleiben. (jk)

## **URTEIL: AUTOFAHRER MÜSSEN NACH WILDUNFALL NICHT ZAHLEN**

Wenn ein Autofahrer bei einem Unfall ein Wildtier tötet, muss er die Kosten für die Beseitigung des Kadavers nicht übernehmen. Das entschied das OVG Lüneburg in gleich drei Fällen.

Lüneburg. Nach Wildunfällen müssen Autofahrer nicht für Kosten aufkommen, die durch die Beseitigung der Tierkadaver entstehen. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg in drei am Mittwoch veröffentlichten Urteilen entscheiden. Die Richter wiesen die Berufungen der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gegen drei Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Hannover zurück.



In den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Göttingen sowie in der Region Hannover waren Autofahrer mit einem Wildschwein beziehungsweise mit Rehen zusammengestoßen. Dabei kamen die Tiere ums Leben. Die Straßenbehörde beauftragte in allen drei Fällen Fachunternehmen mit der Beseitigung und Entsorgung der Kadaver. Anschließend stellte die Behörde den Autofahrern Kostenbescheide zu, und zwar in Höhe von knapp 130, 150 und 400 Euro. Die Behörde berief sich dabei auf eine Vorschrift aus dem Bundesfernstraßengesetz, wonach Fahrzeughalter für von ihnen verursachte Straßenverunreinigungen aufkommen müssen. Wie schon das Verwaltungsgericht Hannover entschied das OLG, dass ein im Straßenraum liegendegebliebenes Reh oder Wildschwein keine Verunreinigung im Sinne der genannten Vorschrift darstelle. Insofern bestehe für die Autofahrer auch keine Pflicht zur Kostenübernahme. (dpa)

**Urteil vom 22.11.2017 Aktenzeichen: 7 LC 34/17, 7 LC 35/17, 7 LC 37/17**

## **AM RANDE: KLEINLASTER FÄHRT AUF POLIZISTEN ZU - BEAMTER RETTET SICH MIT SPRUNG**

Ein 23-Jähriger wollte sich nicht gefallen lassen, von Polizisten angehalten zu werden. Er entschied sich für eine gefährliche Tat.





Euskirchen. Mit einem Kleinlaster ist ein 23 Jahre alter Mann in Euskirchen auf einen Polizisten zugefahren - der Beamte konnte sich mit einem Sprung zur Seite in Sicherheit bringen. Der Mann sei den Beamten bekannt gewesen, weil er keinen Führerschein besitze und trotzdem Auto fahre, teilte die Polizei am Dienstag mit.

Um den 23-Jährigen aus dem Verkehr zu ziehen, sperrten die Beamten am Montagabend eine Straße mit einem Streifenwagen und brachten den Kleinlaster so zum Stehen. Als einer der Polizisten auf das Auto zuging, gab der Fahrer jedoch wieder Gas und fuhr frontal auf den Beamten zu. Der Polizist sprang zur Seite und blieb dadurch unverletzt. Als der polizeibekannt Mann nach wenigen Metern verkehrsbedingt wieder anhalten musste, nahmen die Beamten ihn und seinen Beifahrer vorläufig fest. (dpa)

### **RENTENBEITRAG SINKT AB JANUAR 2018**

Der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sinkt ab Januar 2018. Bis 2030 ist die Rentenversicherung laut Bundesregierung gut aufgestellt.

Berlin. Der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sinkt zum 1. Januar 2018 von 18,7 auf 18,6 Prozent. Das teilte die Bundesregierung am Mittwoch mit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden durch die Absenkung um insgesamt rund 600 Millionen Euro pro Jahr entlastet, so die Regierung. Die Arbeitskosten der Wirtschaft sinken ebenfalls um rund 600 Millionen Euro. In der knappschaftlichen Rentenversicherung sinkt der Beitragssatz von 24,8 auf 24,7 Prozent.



Der gesetzlichen Rentenversicherung gehe es nach wie vor gut. Sie profitiere von „der weiterhin erfreulichen Lage am Arbeitsmarkt und ist bis zum Jahr 2030 gut aufgestellt“, heißt es in der Mitteilung der Bundesregierung. Möglich werde die Absenkung des Rentenbeitrags durch die hohe Nachhaltigkeitsrücklage von geschätzt 32,9 Milliarden Euro zum Jahresende 2017. Diese Rücklage sorgt dafür, dass der Beitragssatz gesenkt werden muss. Dies ist immer dann der Fall, wenn die Nachhaltigkeitsrücklage zum Ende des Folgejahres das 1,5-fache der Monatsausgaben der Rentenkasse voraussichtlich übersteigt. Derzeit liegt sie bei 1,59 Monatsausgaben.

### **Renten sollen bis 2031 um 36 Prozent ansteigen**

Turnusmäßig wird im November jeden Jahres der gesetzlich geforderte Rentenversicherungsbericht vorgelegt. Er gibt Auskunft darüber, wie sich die Rentenfinanzen in den kommenden 15 Kalenderjahren voraussichtlich entwickeln werden. Grundlage dafür sind Modellrechnungen. Der aktuelle Bericht zeige, dass der Rentenbeitragssatz bis 2022 unverändert bei 18,6 Prozent bleiben wird. Anschließend steige er schrittweise jedoch wieder an: über 20 Prozent im Jahr 2025 bis auf 21,6 Prozent im Jahr 2030. Im Jahr 2031 werde der Beitragssatz dann 21,8 Prozent betragen. Nach den Vorausberechnungen des Berichts sollen zeitgleich auch die Renten bis zum Jahr 2031 um insgesamt 36 Prozent ansteigen. Das entspreche einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 2,2 Prozent pro Jahr.

## RATGEBER: DIE TODSÜNDENLISTE UND DAS AMPELSYSTEM

Was hat es eigentlich mit dem neuen Ampelsystem im Zusammenhang mit der so genannten Todsündenliste auf sich? Unsere Fotostrecke hält die Antwort bereit.



München. Ist von der "Liste der sieben Todsünden" die Rede, meint dies den Anhang IV zur Verordnung (EG) 1071/2009. Dahinter verbirgt sich eine Liste der schwersten Verstöße, die den Zugang einer Person oder eines Unternehmens zum Güterverkehrsmarkt verhindern können. Anfang des Jahres wurde die Verordnung um die VÖ (EU) 2016/403 ergänzt. Damit wurde das bisherige Punktesystem durch ein anschaulicheres Ampelsystem ersetzt. Doch was hat sich genau geändert, welche Verstößkategorien gibt es und was sagen die Ampeln aus? Antworten auf die wichtigsten Fragen finden Sie in [unserer neuen](#)

[Bilderstrecke](#). Die Informationen dazu entsammen dem Online-Seminar "Die Liste der Todsünden", das die VerkehrsRundschau kürzlich veranstaltet hat. Einen kleinen Einblick vermittelt ein kurzes [Video](#), das vollständige Webinar können VerkehrsRundschau-Abonnenten unter [www.verkehrsrundschau-plus.de/fahrer/webinare](http://www.verkehrsrundschau-plus.de/fahrer/webinare) abrufen. (sno/jt)

## In eigener Sache

Blättern Sie auch gerne auf

[www.bg-verkehr.de](http://www.bg-verkehr.de)

Abonnenten unter [www.verkehrsrundschau-plus.de/fahrer/webinare](http://www.verkehrsrundschau-plus.de/fahrer/webinare) abrufen. (sno/jt)



### [Die BG Verkehr 2018 vor Ort](#)

Auch im kommenden Jahr wird die BG Verkehr wieder auf vielen Messen und Fachveranstaltungen präsent sein. Besucher haben

**Aktuell**

hier die Gelegenheit, mit unseren Fachleuten zu Themen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ins Gespräch zu kommen. [Mehr...](#)

### [kommitmensch – die Kampagne zur Kultur der Prävention](#)



Die Berufsgenossenschaften starten eine neue Präventionskampagne. Das Ziel ist, dass Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit selbstverständlich werden. Die BG Verkehr ist mit dabei. [Mehr...](#)



### [BG Verkehr hilft, Azubis für Gefahren beim Abbiegen zu sensibilisieren](#)

Sicheres Verhalten lernt man am besten schon in jungen Jahren. Die BG Verkehr hat deshalb zusammen mit Kooperationspartnern einen Satz Spiegel-Einstellplanen an die Staatliche Gewerbeschule Kraftfahrzeugtechnik Hamburg übergeben. [Mehr...](#)





### Schluss mit dem Wegrollen

Die Entwicklung und der serienmäßige Einbau von sich selbstständig einlegenden Feststellbremsen für alle Neufahrzeuge soll forciert werden. Einen entsprechenden Beschluss hat der Vorstand des Deutschen Verkehrssicherheitsrates auf Initiative der BG Verkehr gefasst. [Mehr...](#)



### Schnee und Eis auf dem Lkw: Liste der Räumstationen aktualisiert

Die Temperaturen fallen und in höher gelegenen Regionen schneit es bereits. Umso wichtiger ist es jetzt, vor Fahrtbeginn das Fahrzeug gründlich von Schnee und Eis zu befreien. Eine aktualisierte Übersicht über Räumstationen gibt es auf der Website der BG Verkehr. [Mehr...](#)



### Neue Richtlinien für den Winterreifenkauf

Seit Mai dieses Jahres gelten nur noch solche Reifen als wintertauglich, die nach einem strengen und einheitlichen Prüfverfahren mit dem Alpine-Symbol gekennzeichnet sind. Allerdings gibt es eine Übergangsfrist. [Mehr...](#)



### Viele Lkw bestehen TÜV-Prüfung nicht

Mehr als zwanzig Prozent der Lkw fallen mit erheblichen Mängeln durch die TÜV-Prüfung. Betroffen sind vor allem ältere Kleintransporter und leichtere Nutzfahrzeuge. Schwere Lkw und Zugmaschinen schneiden besser als der Durchschnitt ab. [Mehr...](#)

## Brancheninfos



### LSG Sky Chefs: Mehr Sicherheit bei der Arbeit mit dem Hubwagen

Ein Initiative der Lufthansa-Tochter LSG Sky Chefs wurde beim Wettbewerb "Unterwegs – aber sicher!" ausgezeichnet. Der Caterer will das Beladen der Flugzeuge für die Fahrer der Hubwagen sicherer machen. [Mehr...](#)



### Fernsteuerung von Schiffen getestet

Ein Schiff in der Nordsee, das vom 8.000 Kilometer entfernten kalifornischen San Diego aus gesteuert wird. Was utopisch klingt, hat der Technologiekonzern Wärtsilä getestet. [Mehr...](#)



### Autonome Helfer sollen Postzusteller entlasten

Seit Oktober führt die Deutsche Post im hessischen Bad Hersfeld einen Test mit Robotern durch, die Postboten auf ihrer Zustelltour begleiten. Im kommenden Jahr will das Unternehmen zudem autonom fahrende Zustellfahrzeuge testen. [Mehr...](#)



### Zivile Begleiter für Schwertransporte

Um die Polizei zu entlasten, führt Baden-Württemberg seit Anfang November einen Pilotversuch durch. Großraum- und Schwertransporte werden von Privatunternehmen begleitet. Das Projekt ist auf ein Jahr angelegt. [Mehr...](#)

### **Werft / Werkstätten**

Werften und Werkstätten dienen der Wartung und Instandhaltung von Luftfahrzeugen, Bodengeräten oder deren Komponenten. Die Arbeiten sind gekennzeichnet durch besondere Maßnahmen zur Qualitätssicherung und eine hohe Qualifikation der beteiligten Personen.

Oft müssen Arbeitsverfahren, Werkzeuge und Betriebsstoffe eingesetzt werden, die von den internationalen Herstellern verbindlich vorgeschrieben werden. Dabei sind oft große Erfahrungen und Fachwissen erforderlich, um den Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gerecht zu werden. Bei Arbeiten am Flugzeug müssen zudem viele Arbeiten in einer Höhe von 4 - 10 m durchgeführt werden. Stolpern und Stürzen gehören zu den typischen Gefährdungen.

### **Persönliche Schutzausrüstung (PSA)**

Im Luftfahrtbereich kommen verschiedene Formen der Persönlichen Schutzausrüstung (PSA) zum Einsatz. Sie ist immer dann zu verwenden, wenn Gefährdungen am Arbeitsplatz nicht durch technische beziehungsweise organisatorische Maßnahmen vollständig beseitigt werden können.

Der Unternehmer ist verpflichtet, PSA bei Bedarf den Beschäftigten zur Verfügung zu stellen. Nach der Beurteilung der Arbeitsbedingungen für die verschiedenen Arbeitsplätze legt der Unternehmer im Rahmen der Maßnahmen fest, ob und welche Art von PSA zur Verfügung gestellt werden muss.

Schwerpunktmäßig zum Einsatz kommen u.a. folgende PSA:

**Auffällige Arbeitskleidung** Auf dem Vorfeld besteht die Verpflichtung, auffällige Arbeitskleidung zu tragen. Diese sorgt mit ihren fluoreszierenden Farben am Tage für Auffälligkeit. Bei Dunkelheit sorgen retroreflektierende Streifen dafür, dass man sich visuell deutlich von der Umgebung abhebt. Auch der Flugkapitän oder sein Co-Pilot sind gehalten z.B. beim "Outside-Check" mindestens eine Warnweste zur Sichtbarkeit zu tragen.

**Schutzschuhe** In vielen Bereichen, egal ob beim Be- und Entladen von Luftfahrzeugen oder beim Arbeiten in der Werkstatt, besteht die Gefahr von Fußverletzungen. Hier muss der Unternehmer nach gründlicher Analyse des Einsatzbereiches einen geeigneten Fußschutz in Form von Schutzschuhen zur Verfügung stellen.

**Atem- und Gesichtsschutz** Beim Umgang mit Gefahrstoffen in verschiedensten Bereichen ist häufig als ergänzende Schutzmaßnahme das Tragen von Atem- und Gesichtsschutz erforderlich. Dies reduziert bei der richtigen Anwendung in der Regel die potentielle Gefährdung durch verschiedene Stoffe. Hier ist eine richtige Auswahl in Verbindung mit der Beratung des Betriebsarztes und der Fachkraft für Arbeitssicherheit unbedingt erforderlich.

**Persönliche Schutzausrüstungen gegen Absturz** Persönliche Schutzausrüstungen gegen Absturz sind Auffangsysteme zur Sicherung von Personen an einem Anschlagpunkt. Mit ihnen wird ein Absturz entweder ganz verhindert oder die Person sicher aufgefangen. Der Einsatz dieser PSA kann in verschiedenen Bereichen erfolgen. Wichtig ist, dass beim Einsatz einer solchen Sicherungseinrichtung der praktische Einsatz durch qualifiziertes Personal regelmäßig vermittelt wird.

